

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8685

"Wettbewerb Vorschriften über staatliche Beihilfen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk - Evaluierung 15.10.2025 - 14.01.2026"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 19/8685 vom 28.10.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/9206 des WI vom 02.12.2025
3. Beschluss des Plenums 19/9264 vom 09.12.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 65 vom 09.12.2025



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Wettbewerb

Vorschriften über staatliche Beihilfen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk - Evaluierung

15.10.2025 - 14.01.2026

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 34. Sitzung am 28. Oktober 2025 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Konsultationsverfahren zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung zu überweisen
(§ 83d Abs. 1 BayLTGeschO).

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die [Konsultation](#) landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

In der Rundfunkmitteilung werden die Voraussetzungen erläutert, unter denen Beihilfen zugunsten öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten als gemäß [Artikel 106 Absatz 2 AEUV](#) mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden können. Sie bietet den EU-Mitgliedstaaten Orientierungshilfen für die Organisation ihres öffentlich-rechtlichen Rundfunks, damit die Finanzierung mit den Vorschriften über staatliche Beihilfen im Einklang steht.

Diese Konsultation dient der Bewertung der Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk („[Rundfunkmitteilung](#)“). Die Evaluierung ist erforderlich, da die Rundfunkmitteilung seit ihrer letzten Überarbeitung im Jahr 2009 noch nicht bewertet wurde, es seitdem aber beträchtliche technische und rechtliche Entwicklungen im Rundfunkwesen gegeben hat.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und
Digitalisierung**

**Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen
Drs. 19/8685**

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Wettbewerb

**Vorschriften über staatliche Beihilfen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk -
Evaluierung
15.10.2025 - 14.01.2026**

I. Beschlussempfehlung:

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, folgende Stellungnahme abzugeben:

Die EU-Kommission (KOM) hat am 15.10.2025 eine Evaluation der sog. Rundfunkmitteilung aus dem Jahr 2009 angekündigt. Mit der Rundfunkmitteilung wurde im Jahr 2009 eine Untersuchung der KOM abgeschlossen, unter welchen Voraussetzungen die staatliche Finanzierung von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit dem EU-Beihilferecht vereinbar ist. Die Rundfunkmitteilung präzisiert die Spielräume der Mitgliedstaaten nach EU-Beihilferecht bei der Ausgestaltung des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks.

Eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der EU-Kommission zur Rundfunkmitteilung ergibt sich aus dessen landespolitischer Bedeutung. Die Gesetzgebungs Zuständigkeit für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk liegt innerhalb Deutschlands bei den Ländern. Den rechtlichen Rahmen für Auftrag und Finanzierung des öffentlich-rechtlichen bilden mehrere Staatsverträge, die die Länder gemeinsam abgeschlossen haben. Diesen Staatsverträgen hat der Landtag jeweils vorher zugestimmt (Art. 72 Abs. 2 Bayerische Verfassung).

Die Landesregierungen erarbeiten derzeit auf Fachebene eine gemeinsame Position zur möglichen Überarbeitung der Rundfunkmitteilung. Sie werden diese anschließend mit den zuständigen Stellen der Bundesregierung abstimmen. Die Staatsregierung begrüßt, dass Deutschland seine Position gegenüber der EU-Kommission deutlich macht.

Aus Sicht der Staatsregierung sind dabei folgende Grundsätze bedeutsam:

- Der öffentlich-rechtliche Rundfunk bildet eine wichtige Säule der pluralen Medienlandschaft in Deutschland. Er ist für den gesellschaftlichen und demokratischen Diskurs von maßgeblicher Bedeutung.

- Die Rundfunkfreiheit und die Kompetenzverteilung des Grundgesetzes macht es den Ländern zur Aufgabe, eine positive Medienordnung zu schaffen. Die Länder nehmen diese Aufgabe entschlossen und gewissenhaft wahr.
- Teil der positiven Medienordnung ist der Rechtsrahmen zu Auftrag und Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Dieser wird durch medienrechtliche Staatsverträge der Länder gebildet. Die medienrechtlichen Staatsverträge der Länder definieren den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und sichern eine stabile, aufgabengerechte und ausreichende Finanzierung.
- Die Staatsregierung arbeitet kontinuierlich daran, das Landesrecht Bayerns an neue Entwicklungen anzupassen und zukunftsfähig zu halten. Sie erkennt an, dass auch europäische Rechtsvorschriften auf der Höhe der Zeit sein sollen.
- Der Anlass für die Überprüfung der Rundfunkmitteilung durch die EU-Kommission und die damit verfolgten Ziele sind bislang nicht bekannt. Die Staatsregierung kann deshalb aktuell nicht beurteilen, welche praktischen Defizite der Rundfunkmitteilung die EU-Kommission möglicherweise identifiziert hat.
- Die Rundfunkmitteilung hat sich nach Auffassung der Staatsregierung in der Praxis bewährt. Sie gleicht das EU-Beihilferecht und die Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in tragfähiger Weise aus.
- Dies spricht dafür, die Rundfunkmitteilung in ihren Grundsätzen beizubehalten und, wo erforderlich, auf dieser Basis behutsam weiterzuentwickeln. Änderungen der Rundfunkmitteilung dürfen dabei kein Selbstzweck sein, sondern müssen nachvollziehbaren Gründen folgen. Diesen Prozess wird die Staatsregierung konstruktiv, aber auch kritisch begleiten.

Berichterstatter:

Benjamin Miskowitsch

Mitberichterstatterin:

Stephanie Schuhknecht

II. Bericht:

1. Die EU-Konsultation (§ 83d BayLTGeschO) wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat die EU-Konsultation gemäß § 83d BayLTGeschO endberaten.
2. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat das Konsultationsverfahren in seiner 36. Sitzung am 27. November 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Enthaltung
B90/GRÜ:	Zustimmung
SPD:	Zustimmung

beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§ 83d Abs. 2 BayLTGeschO).
3. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat das Konsultationsverfahren in seiner 36. Sitzung am 27. November 2025 federführend beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Enthaltung
B90/GRÜ:	Zustimmung
SPD:	Zustimmung

zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren in seiner 36. Sitzung am 2. Dezember 2025 endberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

empfohlen, mit der Maßgabe, dass die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses folgende Fassung erhält:

„Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, folgende Stellungnahme abzugeben:

Die EU-Kommission (KOM) hat am 15.10.2025 eine Evaluation der sog. Rundfunkmitteilung aus dem Jahr 2009 angekündigt. Mit der Rundfunkmitteilung wurde im Jahr 2009 eine Untersuchung der KOM abgeschlossen, unter welchen Voraussetzungen die staatliche Finanzierung von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit dem EU-Beihilferecht vereinbar ist. Die Rundfunkmitteilung präzisiert die Spielräume der Mitgliedstaaten nach EU-Beihilferecht bei der Ausgestaltung des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks.

Eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der EU-Kommission zur Rundfunkmitteilung ergibt sich aus dessen landespolitischer Bedeutung. Die Gesetzgebungszuständigkeit für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk liegt innerhalb Deutschlands bei den Ländern. Den rechtlichen Rahmen für Auftrag und Finanzierung des öffentlich-rechtlichen bilden mehrere Staatsverträge, die die Länder gemeinsam abgeschlossen haben. Diesen Staatsverträgen hat der Landtag jeweils vorher zugestimmt (Art. 72 Abs. 2 Bayerische Verfassung).

Die Landesregierungen erarbeiten derzeit auf Fachebene eine gemeinsame Position zur möglichen Überarbeitung der Rundfunkmitteilung. Sie werden diese anschließend mit den zuständigen Stellen der Bundesregierung abstimmen. Der Bayerische Landtag begrüßt, dass Deutschland seine Position gegenüber der EU-Kommission deutlich macht.

Aus Sicht des Bayerischen Landtags sind dabei folgende Grundsätze bedeutsam:

- Der öffentlich-rechtliche Rundfunk bildet eine wichtige Säule der pluralen Medienlandschaft in Deutschland. Er ist für den gesellschaftlichen und demokratischen Diskurs von maßgeblicher Bedeutung.
- Die Rundfunkfreiheit und die Kompetenzverteilung des Grundgesetzes macht es den Ländern zur Aufgabe, eine positive Medienordnung zu schaffen. Die Länder nehmen diese Aufgabe entschlossen und gewissenhaft wahr.
- Teil der positiven Medienordnung ist der Rechtsrahmen zu Auftrag und Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Dieser wird durch medienrechtliche Staatsverträge der Länder gebildet. Die medienrechtlichen Staatsverträge der Länder definieren den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und sichern eine stabile, aufgabengerechte und ausreichende Finanzierung.
- Der Bayerische Landtag arbeitet kontinuierlich daran, das Landesrecht Bayerns an neue Entwicklungen anzupassen und zukunftsfähig zu halten. Er erkennt an, dass auch europäische Rechtsvorschriften auf der Höhe der Zeit sein sollen.

- Der Anlass für die Überprüfung der Rundfunkmitteilung durch die EU-Kommission und die damit verfolgten Ziele sind bislang nicht bekannt. Der Bayerische Landtag kann deshalb aktuell nicht beurteilen, welche praktischen Defizite der Rundfunkmitteilung die EU-Kommission möglicherweise identifiziert hat.
- Die Rundfunkmitteilung hat sich nach Auffassung des Bayerischen Landtags in der Praxis bewährt. Sie gleicht das EU-Beihilferecht und die Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in tragfähiger Weise aus.
- Dies spricht dafür, die Rundfunkmitteilung in ihren Grundsätzen beizubehalten und, wo erforderlich, auf dieser Basis behutsam weiterzuentwickeln. Änderungen der Rundfunkmitteilung dürfen dabei kein Selbstzweck sein, sondern müssen nachvollziehbaren Gründen folgen. Diesen Prozess wird der Bayerische Landtag konstruktiv, aber auch kritisch begleiten.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“

Stephanie Schuhknecht

Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Wettbewerb

Vorschriften über staatliche Beihilfen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk – Evaluierung

15.10.2025 - 14.01.2026

Drs. 19/8685, 19/9206

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, folgende Stellungnahme abzugeben:

Die EU-Kommission (KOM) hat am 15.10.2025 eine Evaluation der sog. Rundfunkmitteilung aus dem Jahr 2009 angekündigt. Mit der Rundfunkmitteilung wurde im Jahr 2009 eine Untersuchung der KOM abgeschlossen, unter welchen Voraussetzungen die staatliche Finanzierung von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit dem EU-Beihilferecht vereinbar ist. Die Rundfunkmitteilung präzisiert die Spielräume der Mitgliedstaaten nach EU-Beihilferecht bei der Ausgestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der EU-Kommission zur Rundfunkmitteilung ergibt sich aus dessen landespolitischer Bedeutung. Die Gesetzgebungs Zuständigkeit für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk liegt innerhalb Deutschlands bei den Ländern. Den rechtlichen Rahmen für Auftrag und Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bilden mehrere Staatsverträge, die die Länder gemeinsam abgeschlossen haben. Diesen Staatsverträgen hat der Landtag jeweils vorher zugestimmt (Art. 72 Abs. 2 Bayerische Verfassung).

Die Landesregierungen erarbeiten derzeit auf Fachebene eine gemeinsame Position zur möglichen Überarbeitung der Rundfunkmitteilung. Sie werden diese anschließend mit den zuständigen Stellen der Bundesregierung abstimmen. Der Bayerische Landtag begrüßt, dass Deutschland seine Position gegenüber der EU-Kommission deutlich macht.

Aus Sicht des Bayerischen Landtags sind dabei folgende Grundsätze bedeutsam:

- Der öffentlich-rechtliche Rundfunk bildet eine wichtige Säule der pluralen Medienlandschaft in Deutschland. Er ist für den gesellschaftlichen und demokratischen Diskurs von maßgeblicher Bedeutung.
- Die Rundfunkfreiheit und die Kompetenzverteilung des Grundgesetzes macht es den Ländern zur Aufgabe, eine positive Medienordnung zu schaffen. Die Länder nehmen diese Aufgabe entschlossen und gewissenhaft wahr.
- Teil der positiven Medienordnung ist der Rechtsrahmen zu Auftrag und Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Dieser wird durch medienrechtliche

Staatsverträge der Länder gebildet. Die medienrechtlichen Staatsverträge der Länder definieren den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und sichern eine stabile, aufgabengerechte und ausreichende Finanzierung.

- Der Bayerische Landtag arbeitet kontinuierlich daran, das Landesrecht Bayerns an neue Entwicklungen anzupassen und zukunfts-fähig zu halten. Er erkennt an, dass auch europäische Rechtsvorschriften auf der Höhe der Zeit sein sollen.
- Der Anlass für die Überprüfung der Rundfunkmitteilung durch die EU-Kommission und die damit verfolgten Ziele sind bislang nicht bekannt. Der Bayerische Landtag kann deshalb aktuell nicht beurteilen, welche praktischen Defizite der Rundfunkmitteilung die EU-Kommission möglicherweise identifiziert hat.
- Die Rundfunkmitteilung hat sich nach Auffassung des Bayerischen Landtags in der Praxis bewährt. Sie gleicht das EU-Beihilferecht und die Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in tragfähiger Weise aus.
- Dies spricht dafür, die Rundfunkmitteilung in ihren Grundsätzen beizubehalten und, wo erforderlich, auf dieser Basis behutsam weiterzuentwickeln. Änderungen der Rundfunkmitteilung dürfen dabei kein Selbstzweck sein, sondern müssen nachvollziehbaren Gründen folgen. Diesen Prozess wird der Bayerische Landtag konstruktiv, aber auch kritisch begleiten.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Vorab ist über den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der Abgeordneten der CSU-Fraktion betreffend "Sommermärchen reloaded: Für eine Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft der Frauen 2029 in Deutschland und Bayern" auf Drucksache 19/8678 gesondert abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat einstimmig Zustimmung empfohlen. Da die Entscheidung über die Fußball-Europameisterschaft der Frauen jedoch inzwischen gefallen ist und diese 2029 in Deutschland stattfindet, ist auf Antrag der Antragsteller der Antrag für erledigt zu erklären.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist so bei den Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Gegenstimmen? – Liegen wohl nicht vor. Enthaltungen? – Auch nicht. Das ist somit beschlossen. Der Antrag ist hiermit für erledigt erklärt worden.

Nun kommen wir zur Gesamtabstimmung über die Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und die verbleibenden Anträge. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlage mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmungsliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Liegen nicht vor. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch darauf hinweisen, dass unter den Tagesordnungspunkten 4 bis 6 wieder drei Wahlen mit Namenskarte und Stimmzettel stattfinden. Ich bitte Sie, die Stimmkartentasche rechtzeitig aus den Postfächern vor dem Plenarsaal abzuholen.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden
Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und
Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 20. Oktober 2025
(Vf. 15-VII-25) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
des Art. 82 Abs. 5 Nr. 6 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung
der Bekanntmachung vom 14. August 2007
(GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-B), die zuletzt durch die §§ 4 und 5 des Gesetzes
vom 25. Juli 2025 (GVBl. S. 254) geändert worden ist

PII-3001-2-39
Drs. 19/9200 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Die Klage ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich
bestellt.

CSU

FREIE
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD



2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 27. Oktober 2025
(Vf. 16-VII-25) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 19 „Sondergebiet
Abfallverwertung Niernsdorf“ der Gemeinde Hohenkammer vom ?
(beschlossen am 23. Juni 2020)

PII-3001-2-41
Drs. 19/9201 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

Europaangelegenheiten

3. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat,
den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss
und den Ausschuss der Regionen-EU-Bevorratungsstrategie:
Stärkung der materiellen Krisenvorsorge der EU
COM(2025) 528 final
BR-Drs. 345/25
Drs. 19/8420, 19/9149 (E) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag nimmt das Vorhaben zur Kenntnis und bittet um
Berücksichtigung der auf Drs. 19/9149 veröffentlichten Bedenken im
weiteren Verfahren.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

4. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Sport, Jugend

Eine strategische Vision für den Sport in Europa: Stärkung des europäischen Sportmodells

15.09.2025 - 08.12.2025

Drs. 19/8423, 19/9150 (E) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/9150 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



5. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Inneres

Europäische Grenz- und Küstenwache – Aktualisierung der EU-Vorschriften

21.08.2025 - 27.11.2025

Drs. 19/8525, 19/9151 (G) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 19/9151 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



6. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Wettbewerb

Vorschriften über staatliche Beihilfen für den öffentlich-rechtlichen

Rundfunk – Evaluierung

15.10.2025 - 14.01.2026

Drs. 19/8685, 19/9206 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass,
die auf Drs. 19/9206 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

ENTH

7. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Beschäftigung und Soziales, Forschung und Innovation, Binnenmarkt
Rechtsakt über den Europäischen Forschungsraum

13.10.2025 - 05.01.2026

Drs. 19/8686, 19/9197 (E) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass,
die auf Drs. 19/9197 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

ohne

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu
legen.

8. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Binnenmarkt

Konsultation zu EU-Vorschriften für die Vergabe
öffentlicher Aufträge – Überarbeitung

03.11.2025 - 26.01.2026

Drs. 19/8818, 19/9198 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass,
die auf Drs. 19/9198 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

 ENTH

9. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Sondierung: Ökologische/biologische Produktion –
gezielte Aktualisierungen und Vereinfachung

21.10.2025 - 18.11.2025

Drs. 19/8819, 19/9122 (E) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass,
die auf Drs. 19/9122 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

Anträge

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zu Notfallzulassungen von Insektiziden gegen die Schilf-Glasflügelzikade in Bayern – Risiken, Monitoring und Alternativen
Drs. 19/7353, 19/9054 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schutz durch Sichtbarkeit – Gewalt gegen medizinisches Personal erkennen und begegnen – Fachgespräch zum Handlungsbedarf
Drs. 19/7465, 19/9184 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

12. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Ralf Stadler, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Berichtsantrag zu den Perspektiven des Anlagenbestands landwirtschaftlicher Betriebe im Bereich Biogas und Biomethan
Drs. 19/7628, 19/9055 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

13. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Biodiversität stärken I: Waldbeweidung fördern!
Drs. 19/7798, 19/9056 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

14. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Aufklärung über Auswirkungen der Vorgaben zu Gewässerrandstreifen
Drs. 19/7807, 19/9057 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

15. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Landwirte bei artgerechten Schlachtmethoden stärker unterstützen:
Überregionales Siegel „Stressfreie Schlachtung“ einführen!
Drs. 19/7841, 19/9058 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Förderung für das „Modellprojekt Äthiopische Fachkräfte für den bayerischen Arbeitsmarkt“ einstellen
Drs. 19/7931, 19/9190 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Expertenanhörung zur Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen kleinbäuerlichen Landwirtschaft
Drs. 19/8106, 19/9059 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Expertenanhörung zur Zunahme von Entwicklungsstörungen und Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern in Bayern: Ursachen, Bundesdurchschnitt und Wirksamkeit von Maßnahmen
Drs. 19/8205, 19/9127 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

19. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
„Urlaub dahoam“ – Vergünstigungen für einheimische Besucher statt neuer Abgaben
Drs. 19/8211, 19/9060 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. und Fraktion (AfD)
Situation, Förderung und Ausbau kommerzieller familienorientierter Freizeit- und Bildungszentren in Bayern
Drs. 19/8238, 19/9135 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Systematische Beobachtung guter Praxis und Leistungsvergleiche zur Stärkung von Bürokratieabbau und Verwaltungsmodernisierung in Bayern
Drs. 19/8239, 19/9137 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einführung einer verbindlichen Haltungsverordnung für Milchkühe
Drs. 19/8242, 19/9061 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

23. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Restriktive Einbürgerungspraxis in Bayern – Schutz der Staatsangehörigkeit durch Transparenz und strenge Prüfung
Drs. 19/8246, 19/9124 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Die Förderung von Projekten in Tunesien an die Rücknahmebereitschaft für eigene Staatsbürger knüpfen
Drs. 19/8249, 19/9189 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Verbraucherinnen und Verbraucher vor gepanschtem Honig schützen – regionale Imkerei stärken
Drs. 19/8275, 19/9128 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

26. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Bayernweite Verbleibstudie für Pflegeauszubildende und Pflegefachkräfte – Evidenzbasierte Grundlagen für die Pflegepolitik schaffen
Drs. 19/8282, 19/9185 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Arif Taşdelen, Christiane Feichtmeier u.a. SPD
Starkes Bayern – Attraktiver öffentlicher Dienst!
Drs. 19/8369, 19/9181 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

28. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer u.a. SPD
Kommunen stärken: Nachhaltige Verbesserung der Finanzen für unsere Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke
Drs. 19/8370, 19/9129 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

29. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier,
Christin Gmelch, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Ausbreitung von Waschbären in Bayern
Drs. 19/8371, 19/9130 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Hotspots frühzeitig identifizieren – Systematisches Monitoring
für Böden, Gewässer und Trinkwasser auf Belastung
mit PFAS und anderen Ewigkeitschemikalien
Drs. 19/8380, 19/9131 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Paul Knoblauch u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Langstreckentransporte von Schlachthennen –
tiergerechte Schlachtstätten in Bayern
Drs. 19/8381, 19/9132 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Seilbahnförderprogramm den Anforderungen eines nachhaltigen Tourismus anpassen
Drs. 19/8382, 19/9062 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

33. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Stromerzeugung in der Entwaldungsverordnung verankern – Die bayerischen Wälder dürfen nicht beliebig abgeholt werden!
Drs. 19/8386, 19/9063 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Musikalische Bildung sichern – Personal- und Betriebskosten realistisch abbilden
Drs. 19/8399, 19/9084 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

35. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Schutzkonzepte konsequent weiterentwickeln – Aktueller Sachstand zu Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst in Bayern
Drs. 19/8408, 19/9182 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

36. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Arif Taşdelen, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Stärkung der Personalausstattung in der Steuerverwaltung –
Für einen umfassenden und gerechten Steuervollzug in Bayern!
Drs. 19/8411, 19/9134 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Staatliche Liegenschaftspolitik neu ausrichten –
Vorrang für Erbpacht und nachhaltige Nutzung sichern
Drs. 19/8412, 19/9142 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

38. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
 Förderung des Vereinssports in Bayern soll olympiareif werden! – Bericht über Möglichkeiten einer verbesserten und effektiveren Förderung der Sportvereine
 Drs. 19/8419, 19/9114 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

39. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u.a. und Fraktion (AfD)
 Berücksichtigung des bayerischen Tourismus bei der Gestaltung des Fahrplans der Deutschen Bahn
 Drs. 19/8436, 19/9028 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Digitale Giganten beteiligen:
 Unterstützung für regionale Medien durch Plattformsoli
 Drs. 19/8439, 19/9139 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

41. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
 ESG-Bürokratieirrsinn beenden – Bayerische Unternehmen von unnötigen Berichtspflichten entlasten
 Drs. 19/8445, 19/9140 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

42. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Hängepartie beenden – Agri-PV endlich freigeben
Drs. 19/8446, 19/9141 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

43. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Schutz des Tiefengrundwassers in Bergen –
Einhaltung der rechtlichen Vorgaben durchsetzen
Drs. 19/8466, 19/9133 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

44. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Nein zum digitalen Euro – Ja zur Freiheit beim Bezahlen
Drs. 19/8467, 19/9188 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

45. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Deindustrialisierung durch CO₂-Emissionshandel und Energiewende verhindern – Chemische Industrie in Bayern erhalten!
Drs. 19/8492, 19/9143 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

46. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Jürgen Baumgärtner, Martin Wagle, Konrad Baur u.a. CSU
Dem Pilotenmangel entgegenwirken – für eine Flexibilisierung der starren Altersgrenze!
Drs. 19/8493, 19/9029 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--	--------------------------

47. Antrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Ulrich Singer, Ferdinand Mang und Fraktion (AfD)
Künstliche Intelligenz in Bayern: Forschungsbericht über weitere Einsatzmöglichkeiten, deren Risiken und wissenschaftliche Erkenntnisse
Drs. 19/8499, 19/9144 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

48. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Die Migrationswende hinsichtlich Syriens umsetzen – Die weitere Aufnahme stoppen und die Rückkehr vorantreiben
Drs. 19/8520, 19/9125 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

49. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Behördengänge für „Offliner“ auch in Zukunft analog ermöglichen!
Drs. 19/8535, 19/9115 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

50. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Beschleunigung der Neugenehmigungen bestehender Wasserkraftanlagen in Bayern
Drs. 19/8558, 19/9136 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ohne

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

51. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU
Schutz heimischer Imker – Billigimporte von Honig weiterhin wirksam bekämpfen und Qualitätsstandards sichern
Drs. 19/8559, 19/9138 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

52. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Situation der Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB) –
Registrierung und strukturelle Probleme
Drs. 19/8565, 19/9186 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

53. Antrag der Abgeordneten Alfred Grob, Holger Dremel, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wissenschaftliche Untersuchung zur Bedarfsfeststellung einer Randzeiteinweisung an ausgewählten Rettungstransporthubschrauber-Standorten
Drs. 19/8591, 19/9116 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

54. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
„Partydroge“ Ketamin
Drs. 19/8592, 19/9187 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

55. Antrag der Abgeordneten Alfred Grob, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Christian Lindinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Christiane Feichtmeier, Arif Taşdelen, Holger Grießhammer u.a. und Fraktion (SPD)
Nachwuchs für unsere Bayerische Polizei sichern:
Mindestalter überprüfen
Drs. 19/8593, 19/9183 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

56. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Anna Rasehorn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Expertenanhörung zur Novelle des Wassergesetzes der Staatsregierung
Drs. 19/8601, 19/9180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

57. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Verkehrsbehinderungen und Polizeieinsätze im Zusammenhang mit Hochzeitskorsos in Bayern seit 2019
Drs. 19/8616, 19/9117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

58. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU Sommermärchen reloaded: Für eine Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft der Frauen 2029 in Deutschland und Bayern Drs. 19/8678, 19/9118 (E)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

59. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU Moderne Technik für mehr Effizienz im Einsatz: Bericht über den Einsatznutzen von Löscharobotern Drs. 19/8679, 19/9119 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				